

Klaus-Dieter Mulley

## **Heinrich Beer: Gewerkschafter, Sozialist, Brückenbauer oder Opportunist?**

### **Aufstieg und Abgang eines führenden Gewerkschaftsfunktionärs 1890–1915**

Zu Beginn des Jahres 1915 entsagte der bis dahin einflussreichste und „mächtigste“ österreichische Gewerkschafter Heinrich Beer seinen politischen Funktionen und wurde Sekretär (im heutigen Sprachgebrauch „Direktor“) der Wiener Arbeiterkrankenkasse. Weder in den Publikationen der Gewerkschaften noch in jenen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) wurde Heinrich Beer für seine bis dahin zentrale Rolle in der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung gedankt. Das Erkenntnisinteresse fokussiert somit auf einen Pionier der österreichischen Gewerkschaftsbewegung, der vom Zeitpunkt seines politischen Abgangs an nahezu vergessen, vielleicht gemieden, jedenfalls aus der kollektiven Erinnerung weitgehend verschwunden ist. Dieser Beitrag ist als erste Skizze für eine ausführliche biografische Aufarbeitung gedacht.

### **Weg in die Sozialdemokratie**

Heinrich Beer wurde am 14. Oktober 1866 in Olmütz (Böhmen) als Kind einer jüdischen deutschsprachigen Bauernfamilie geboren.<sup>1</sup> Sein Vater starb in seinem ersten Lebensjahr. Der Mutter Fanni Beer<sup>2</sup> gelang es, den landwirtschaftlichen Betrieb noch über ein Jahrzehnt aufrechtzuerhalten, wodurch ihr Sohn immerhin noch zwei Gymnasialklassen besuchen konnte. Anschließend erlernte Heinrich das Schlosserhandwerk. Seine Suche nach Arbeit führte

- 1 Arthur Wilhelm, Die Reichsrats-Abgeordneten des allgemeinen Wahlrechtes. Ausführliche Biographien, Wien 1907, S. 10. Für die mit Akribie durchgeführten Recherchen zu den biografischen Daten von Heinrich Beer sowie vielen Diskussionen und Anregungen danke ich meiner Kollegin Mag.<sup>a</sup> Sabine Lichtenberger ganz herzlich.
- 2 Fanni Beer starb mit 77 Jahren am 25. 10. 1907: Arbeiter-Zeitung, 27. 10. 1907, S. 6, 31. 10. 1907, S. 8.

ihn durch mehrere Länder Europas, bis er um 1889 eine Anstellung in einem Betrieb der Nordbahn in Floridsdorf fand. Ungefähr in jenen Jahren heiratete Heinrich die elf Jahre jüngere, aus Raab (heute Győr) stammende Eugenie Winkler (geb. am 18. November 1877), mit der er zwei Töchter, Grete (geb. am 23. März 1900) und Vilma (geb. am 25. Dezember 1901), hatte.<sup>3</sup> Beer wurde Mitglied des „Arbeiter-Fortbildungsvereins“ in Wien-Landstraße, als dessen Schriftführer er im Sommer 1890 in den Vorstand gewählt wurde.<sup>4</sup> Seine exzellente Rhetorik und die durch die Gymnasialzeit und die Lehrjahre erworbene Allgemeinbildung und Erfahrung führten in der Folge zu Einladungen, Vorträge zu halten. So etwa referierte er bei der Gründungsversammlung des „Arbeiter-



**Heinrich Beer (ganz links) gemeinsam mit u. a. Laurenz Widholz und Jakob Reumann. Die anderen Herren sind unbekannt.  
Titel des Fotos: „Bild aus alten Tagen“**

Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung E4-0045

- 3 Lt. Auszug aus den historischen Meldeunterlagen im Wiener Stadt- und Landesarchiv (Anfrage Sabine Lichtenberger 16. 1. 2014). Beer trat 1896 aus der Israelitischen Kultusgemeinde aus: Anna L. Staudacher, „... meldet den Austritt aus dem mosaischen Glauben“, Frankfurt/M. 2009, S. 47. Seine Frau Eugenie ist in Wien am jüdischen Friedhof, Zentralfriedhof Tor 4 begraben: <http://friedhof.ikg-wien.at/search.asp> [Download 20. 11. 2016].
- 4 Arbeiter-Zeitung, 26. 6. 1890, S. 7.

Fortbildungsvereins“ in Wien-Leopoldstadt über die „Folgen der modernen Produktionsweise“. Um die daraus entstehenden „Krankheiten und die moralische Degenerierung der Arbeiterschaft“ zu bekämpfen, bedürfe es der Bildung in den Arbeitervereinen. „Wenn auch wir keinen Erfolg mehr sehen werden, so werden ihn unsere Kinder sehen“, vermerkte Beer.<sup>5</sup> Im September 1890 wurde er als Schriftführer in einer von über eintausend Metallarbeitern besuchten Versammlung zur Wahl der Arbeitnehmervereine in das Gewerbegericht in der Wiener Volkshalle gewählt.<sup>6</sup> Diese gut besuchte Versammlung, in der Ludwig Exner den stellvertretenden Vorsitz übernahm, dürfte den Ausschlag für die von Viktor Adler gewünschte „Neubelebung der Metallerorganisation“ gegeben haben. Jedenfalls fand am 23. November 1890 die konstituierende Versammlung des „Vereins der Eisen-, Metall- und deren Hilfsarbeiter für ganz Niederösterreich“ statt, die von rund 800 Arbeitern besucht wurde. Heinrich

**Viktor Adler (links) mit Otto Pohl auf der Stockholmer Friedenskonferenz im Juni 1917**

Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung V3-0426



5 Arbeiter-Zeitung, 19. 8. 1890, S. 8.

6 Arbeiter-Zeitung, 3. 10. 1890, S. 8.

Beer und Ludwig Exner wurden als Schriftführer in den Vorstand gewählt.<sup>7</sup> Dieser Verein und der mährische Metallarbeiterverein waren die Initiatoren des „Österreichischen Metallarbeiter-Congresses“, der um die Weihnachtszeit 1890 in Brünn stattfand und bei dem die Gründung eines Dachverbandes der Metallarbeiter beschlossen wurde. Heinrich Beer wurde als Delegierter aus Floridsdorf geführt und zu einem der Schriftführer (Übersetzer) in deutscher Sprache bestimmt.<sup>8</sup> Wurden nach eingehender Diskussion Beschlüsse zur Errichtung einer überregionalen Gewerkschaftsorganisation gefasst, so war Heinrich Beer für den 27. Dezember 1890, den 2. Verhandlungstag, ausersehen, über das Thema „Arbeiterschutz“ zu referieren. In einer eindrucksvollen Rede begründete der damals 24-Jährige die Notwendigkeit, bis zur „Befreiung des Proletariats“ durch den „Zusammenbruch der bürgerlichen Gesellschaft“, in dieser „Übergangsphase“ nicht zu „degenerieren“, sondern vielmehr den „Arbeiterschutz“ voranzutreiben.<sup>9</sup> Seine Analyse der Beweggründe für die bisherige Arbeiterschutzgesetzgebung zeigt, dass er sich schon seit einigen Jahren mit den gesellschaftspolitischen Entwicklungen vertraut gemacht und an Debatten teilgenommen hatte.<sup>10</sup> Der junge Heinrich Beer sah die Gewerkschaftsbewegung als „Vorläufer und Vorkämpfer der Socialdemokratie“. Die Gewerkschaft müsse eine „Kämpferorganisation“ sein, „deren erste Aufgabe“ es sei, „den Arbeiter im ganzen Umfange vor den Übergriffen der Unternehmer zu schützen“. „Eine Änderung der bestehenden ungesunden Verhältnisse werde heutzutage weder durch Gewalt noch durch Barricadenbau zustande gebracht werden, sondern einzig und allein im Wege der Gewerkschaften.“<sup>11</sup>

1890 bedankte sich Heinrich Beer, der von der Nordbahn gekündigt worden war, bei seinen Kollegen, die ihm eine finanzielle Unterstützung von neun Gulden zukommen ließen, mit den Worten: „Kollegen! Lasst Euch nicht einschüchtern durch solch kleinliche Dinge, haltet fest zur Sache des Proletariats,

7 Arbeiter-Zeitung, 12. 12. 1890, S. 10. Vgl. die Darstellungen von Ludwig Exner und Franz Domes in: Gewerkschaft der Metall- und Bergarbeiter (Hrsg.), Der Aufstieg. 75 Jahre Gewerkschaft der Metall- und Bergarbeiter Österreich, Wien 1965, S. 114 ff., 129 ff. Zur Frühgeschichte der Metallvereine vgl. Julius Deutsch, Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung, Bd. 1, Wien 1929, S. 119 ff., 136 ff., sowie zum Ersten österreichisch-ungarischen Metallarbeitertag 1879, S. 152 ff.

8 Ludwig Exner (Hrsg.), Protokoll des Österr. Metallarbeiter-Congresses in Brünn, Wien 1891, S. 2.

9 Beer am Metallarbeiter-Congress 1891, S. 31–36.

10 Vgl. Beers pointierte und zutreffende Begründung der Förderung des „Arbeiterschutzes“ durch den bürgerlich-monarchischen Staat: Metallarbeiter-Congress 1891, S. 32.

11 Tages-Post (Linz), 6. 10. 1892, S. 4.

so wie auch ich Euch mein Manneswort gebe, fort zu kämpfen trotz alledem und alledem.“<sup>12</sup> In der Folge trat Beer in mehreren Versammlungen auf, in welchen er für die Maifeier 1891 zu mobilisieren suchte und über das Wahlrecht referierte. Seine Reden fanden – wie es etwa in der „Arbeiter-Zeitung“ hieß – „allseitigen Beifall“.<sup>13</sup> In diesem Jahr nahm ihn der junge Metallarbeiterverband als Redakteur seiner Verbandszeitschrift auf.

## In der Reichsgewerkschaftskommission

1893 nahm Heinrich Beer als Delegierter des Metallarbeiterverbandes am Gründungskongress der (sozialdemokratischen) Gewerkschaftskommission, der vom 24. bis 27. Dezember in Wien stattfand,<sup>14</sup> teil und fiel zum einen durch sein Eintreten für eine demokratisch geleitete, jedoch zügige Diskussion auf. Zum anderen war er es, der – im Sinne Viktor Adlers – vor einer Annahme eines Antrages von Karl Korinek und Anton Hueber bezüglich eines Eintretens der Gewerkschaftskommission für einen Generalstreik „mit der Forderung des allgemeinen Wahlrechtes und der Verkürzung der Arbeitszeit“ warnte und vorschlug, die Behandlung dieses Antrages dem Parteitag zu überlassen: „Man möge sich nur vor Augen halten, welche Folgen es nach sich ziehen könnte, wenn ein Genosse sagt, wir pfeifen auf die Gesetzgebung. Wir leben in Österreich und müssen vorsichtig sein. Die Annahme des Antrages Hueber kann die Auflösung unserer Organisation bedeuten.“<sup>15</sup> Auch wenn Druckergewerkschafter Karl Höger darauf meinte, Vertreter der Partei seien ohnehin am Kongress anwesend, und Hueber Beer der Angstmacherei beschuldigte, hatte der Metallarbeiter nicht Unrecht, zumal noch wenige Jahre zuvor Vereine und Gewerkschaften wegen politischer Betätigung aufgelöst worden waren. Der Ge-

12 Arbeiter-Zeitung, 26. 12. 1890, S. 9.

13 Arbeiter-Zeitung, 22. 5. 1891, S. 8.

14 Zur Gründungsgeschichte der Gewerkschaftskommission vgl. Brigitte Pellar, 120 Jahre Mission Gerechtigkeit. Der erste große Gewerkschaftskongress und der Weg ins Heute (VÖGB Reihe Zeitgeschichte und Politik), Wien 2014, S. 8; sowie weiters: Dies., Positionen und Weltbild der Freien Gewerkschaften Österreichs, in: Brigitte Pellar (Hrsg.), Wissenschaft über Gewerkschaft. Analysen und Perspektiven, Wien 2013, S. 371–399; Heinz Renner, Die Reichsgewerkschaftskommission der freien Gewerkschaften Österreichs (1893–1913) – ein zentralistisches Machtinstrument?, in: Isabella Ackerl / Walter Hummelberger / Hans Mommsen (Hrsg.), Politik und Gesellschaft im alten und neuen Österreich. Festschrift für Rudolf Neck zum 60. Geburtstag, Bd. 1, Wien 1981, S. 255–263.

15 Protokoll über die Verhandlungen des I. Gewerkschaftskongresses abgehalten vom 24. bis 27. Dezember 1893, Wien 1901, S. 104.

werkschaftskongress nahm denn auch den Vorschlag Beers, die Entscheidung dem Parteitag der Sozialdemokratie zu überlassen, an.<sup>16</sup>

Bereits am 3. Gewerkschaftskongress wurde Heinrich Beer in die Antragskommission gewählt<sup>17</sup> und wandte sich im Auftrag des Metallarbeiterverbandes vehement gegen die Zentralisierungsbemühungen von Anton Hueber, der die Umwandlung der zahlreichen Bildungsvereine in „gemischte Gewerkschaften“ als örtlichen Unterbau der Gewerkschaftskommission gewünscht und sich für eine weitgehende Konzentration des Rechtsschutzes ausgesprochen hatte.<sup>18</sup> Heinrich Beer vertrat die Parteilinie, insbesondere jene Viktor Adlers.<sup>19</sup> Er betonte den „tief-ernsten Charakter“ der „czechischen Frage“ und begrüßte „freudig“ die Forderungen der „czechischen Genossen“, die „so wie die deutschen ihre Vertretung in der Kommission haben wollen“.<sup>20</sup> Nach einer heftigen, langen Diskussion wurde die obligatorische Umwandlung der bestehenden Bildungs- und Lesevereine in „allgemeine Gewerkschaften“ ebenso abgelehnt wie die Zentralisierung des Rechtsschutzes und eine adäquate Vertretung der Tschechen in der Gewerkschaftskommission. In Heinrich Beer fanden die tschechischen GewerkschafterInnen vielfach einen ihren Interessen weitgehend entgegenkommenden, verständnisvollen Anwalt.<sup>21</sup> Ab Mitte des Jahres 1902 übernahm Heinrich Beer nahezu regelmäßig die Schriftführung in der Kommission,<sup>22</sup> wurde jedoch erst 1903 offiziell damit betraut. Zusammen mit den drei Vorsitzenden Johann Smitka, Ferdinand Hanusch und Ferdinand Skaret und seinem Co-Protokollanten Julius Grünwald gehört er damit dem Präsidium der Gewerkschaftskommission an.<sup>23</sup>

16 I. Gewerkschaftskongress, S. 113.

17 Protokoll des II. Gewerkschaftskongresses abgehalten vom 25. bis 29. Dezember 1896, Wien 1897, S. 15.

18 II. Gewerkschaftskongress, S. 36.

19 Adler am II. Gewerkschaftskongress, S. 40.

20 Beer am II. Gewerkschaftskongress, S. 38.

21 Das sich immer wieder wechselnde Verhältnis zwischen tschechischen „Nationalisten“ und österreichischen „Internationalisten“ in SDAP und Gewerkschaften kann hier nicht dargestellt werden. Vgl. dazu noch immer unentbehrlich Hans Mommsen, *Die Sozialdemokratie und die Nationalitätenfrage im habsburgischen Vielvölkerstaat*, Wien 1963, sowie: John Evers, *Internationale Gewerkschaftsarbeit in der Habsburgermonarchie. Unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung der „Reichsgewerkschaftskommission“ und ihrer deutsch-tschechischen Arbeit vor 1914*, Wien 2010 [= *Berichte und Forschungen zur Gewerkschaftsgeschichte*, Bd. 1].

22 Erstmalige Protokollierung einer Sitzung in Vertretung der Schriftführer am 10. 1. 1902, in: *Sitzungsprotokolle der Gewerkschaftskommission*, S. 99.

23 Sitzung 26. 6. 1903, in: *Sitzungsprotokolle der Gewerkschaftskommission*, S. 118.

**Ferdinand Hanusch (ca. 1918)**

Verein für Geschichte der  
Arbeiterbewegung V3/364

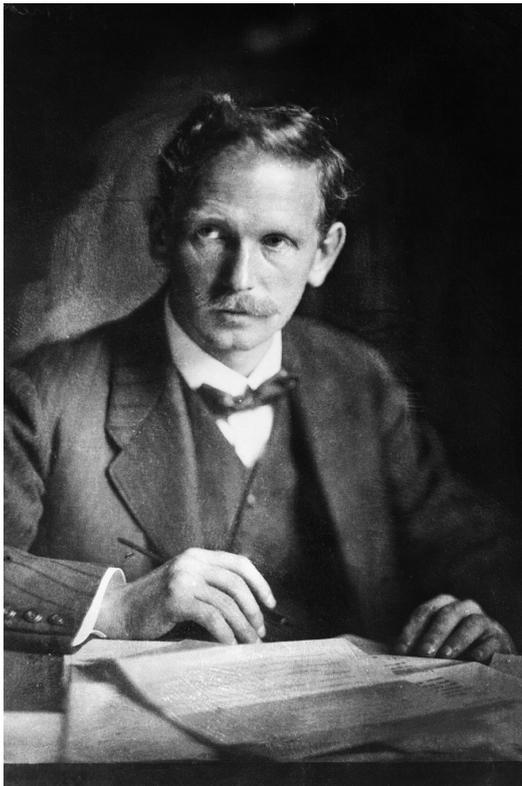


### Einer der „Väter“ kollektivvertraglicher Vereinbarungen

Als Mitglied der Gewerkschaftskommission unterstützte Beer den Antrag von Grünwald von den niederösterreichischen Buchbindern auf die Bildung von Tarifgemeinschaften, auch wenn diese in Österreich noch nicht jene Bedeutung besaßen, zumal entsprechende durchsetzungsstarke Organisationen in Bezug auf Vertragsabschluss und -einhaltung sowohl auf ArbeitnehmerInnen- wie auch auf Arbeitgeberseiten weitgehend fehlten. Starke Gewerkschaften seien deshalb unabdingbar, um zukünftig kollektive Vereinbarungen treffen zu können, die – wie Beer in Richtung jener Sozialdemokraten, die kollektive tarifliche Vereinbarungen mit der marxistischen Ideologie nicht im Einklang sahen, ausführte – keinen „Verstoß gegen das Prinzip des Classenkampfes“ darstellten.<sup>24</sup> Die Beschlussfassung über den Antrag von Grünwald und die Ausführungen Heinrich Beers bedeuteten die gewerkschaftlich „offizielle“ Anerkennung

24 Protokoll über die Verhandlungen des 3. Österreichischen Gewerkschaftskongresses in Wien vom 11. bis 15. Juni 1900, Wien 1900, S. 203; sowie Gerhard Ungersböck, Vom „freien“ zum kollektiven Arbeitsvertrag. Die Entwicklung des Arbeitsvertragsrechtes und des Kollektivvertrages in Österreich bis 1919, Phil. Diss., Wien 1982, S. 264.

von Tarifverträgen in Österreich,<sup>25</sup> auch wenn diese – wie Julius Deutsch ausführte – bereits 1882 von der „gemäßigten Richtung“ der Sozialdemokraten gefordert worden waren.<sup>26</sup> Doch erst 1903 sollte es zu wesentlichen Fortschritten im Tarifvertragswesen kommen.<sup>27</sup>



**Julius Deutsch (ca. 1918)**

Verein für Geschichte der  
Arbeiterbewegung V3/37

25 Vgl. dazu grundlegend Julius Deutsch, *Die Tarifverträge in Österreich*, Wien 1908; Leo Verkauf, *Zur Geschichte des Arbeitsrechtes in Österreich*, Wien 1905, S. 98 ff., sowie Ungersböck, *Arbeitsvertrag*, S. 258 ff.

26 Julius Deutsch, *Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung*, Wien 1908, S. 104: „Es wird, es muss an Stelle der persönlichen Abmachungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer die korporative Vereinbarung treten.“ Allerdings waren zu jener Zeit die meisten GewerkschafterInnen der „radikalen“ Richtung zugetan und – wie Deutsch, *Gewerkschaftsbewegung*, S. 104, ausführte – „eben in erster Linie Sozialisten und dann erst Gewerkschafter“.

27 Deutsch, *Gewerkschaftsbewegung*, S. 13 f.

## Partei und Gewerkschaft

Beer, der 1897 in den Parteivorstand gewählt wurde, betonte immer wieder die Notwendigkeit einer innigen Wechselbeziehung zwischen Gewerkschaft und politischer Partei bei einer klaren Arbeitsteilung: Hatte die Sozialdemokratie „den Kampf um die Macht des Proletariats in Staate, Stadt und Gemeinde zu führen und in letzter Konsequenz des sozialdemokratischen Programms die Vergesellschaftung der Produktionsmittel und die Sozialisierung des Gemeinwesens zu erzwingen“, so war es Aufgabe der Freien Gewerkschaften, „den Kampf um günstigere Gestaltung der Lebenslage der Angehörigen der einzelnen Berufs- und Industriezweige zu führen“.<sup>28</sup> Das „österreichische Modell“ der Beziehungen zwischen Sozialdemokratischer Partei und Freien Gewerkschaften wurde von Beer dann auch am Internationalen Sozialisten-Kongress in Stuttgart 1907 unter weitgehendem Anklang bei den Delegierten referiert und führte zu einer von der österreichischen Delegation vorbereiteten und von Beer begründeten Resolution.<sup>29</sup>

## Streit mit Franz Domes

1906 befürwortete Heinrich Beer die Aufnahme des böhmischen Metallarbeiterverbandes unter weitgehenden Konzessionen an die Tschechen in den österreichischen Verband. Verbandssekretär Franz Domes erklärte dazu später, als es zum Ausschluss der „Separatisten“ kam, „dass ich zu jenen gehöre, die dem Genossen Beer nicht nur Vorwürfe gemacht, ob seines Opportunismus, den er gegenüber den Tschechen und ihrer nationalistischen Politik gehegt, sondern dass ich mich direkt im Gegensatz zu dem gestellt habe ob dieser seiner Stellung, dass es zwischen mir und Beer nirgends solche Differenzen gegeben hat, wie gerade in dieser Frage.“<sup>30</sup> Beer, der an diesem Verbandstag zum Obmann vorgeschlagen wurde, bekannte, dass es ihm damals nur darum ging „die Frage friedlich auszugleichen, solange ich nur den geringsten Schimmer von Hoffnung hatte, es könne noch zu einer friedlichen Auseinandersetzung

28 Heinrich Beer, Gewerkschaft und Partei, in: Die neue Zeit, 23. Jg. (1904/05), Nr. 34, S. 234.

29 Internationaler Sozialisten-Kongress, Stuttgart 1907 vom 18. bis 24. August; Berlin 1907, S. 52 ff., 57, 106.

30 Verhandlungen des Zehnten Verbandstages der Metallarbeiter Österreichs, Wien 1912, S. 52.

kommen“, betonte aber, dass nun „der Kampf gegen den Separatismus auf allen Gebieten“ zu organisieren sei.<sup>31</sup>

## Reichsratswahlen 1897 bis 1911

Im März 1897 wurde die nach Stand und Einkommen organisierte Reichsratswahl 1897 in Cisleithanien abgehalten, welche die Mehrzahl der Menschen (Frauen sowieso) von der Wahl ausschloss. Beer kandidierte für die V. Curie des Bezirks Steyr–Kirchdorf–Gmunden–Vöcklabruck. Im Rahmen seiner Kandidatur sprach Beer in zahlreichen sozialdemokratischen Wählerversammlungen in Oberösterreich.<sup>32</sup> So sprach er auch am 17. Februar 1897 in Ebensee, wobei er auf das für die Arbeiterschaft ungerechte Kurienwahlrecht Bezug nahm, die Ungerechtigkeit des Steuersystems geißelte, die Verarmung der Bauern und Kleingewerbetreibenden anprangerte, das Bildungssystem kritisierte und auf das „volksfeindliche Verhalten der bürgerlichen Parteien“ hinwies.<sup>33</sup> Als Beer in einem Artikel des katholischen „Linzer Volksblatts“ als „Dr. Beer“ bezeichnet wurde, ließ er aus Steyr schriftlich ausrichten, „dass ich, der socialdemokratische Candidat für den II. oberösterreichischen Wahlkreis, kein Doctor bin, sondern direct aus dem Arbeiterstande hervorgehe, das Schlosserhandwerk erlernt und ausgeübt habe und derzeit Redacteur des Fachblattes der österreichischen Metallarbeiter bin“.<sup>34</sup> Letztlich wurde – wie nach dem ungerechten Wahlrecht in einem mit Ausnahme von Steyr ländlichen Wahlkreis nicht anders zu vermuten – der christlichsoziale Gegenkandidat gewählt. Zehn Jahre später – die Sozialdemokratie hatte erfolgreich das allgemeine Männerwahlrecht durchgesetzt – versuchte Heinrich Beer im böhmischen Wahlkreis Dux–Bilin–Karbitz–Türmitz ein Abgeordnetenmandat zu erlangen.<sup>35</sup> Dem Gewerkschafter, der – wie berichtet – 1906 die Aufnahme der böhmischen Metallarbeiter in die Zentralorganisation durchgesetzt hatte, gelang es, die Stimmen der tschechischen Genossen zu bekommen. Erhielt Beer bereits im ersten Wahlgang die meisten Stimmen, so gelang es ihm auch in der folgenden Stich-

31 Ebenda, S. 45, 49.

32 Tages-Post (Linz), 11. 2. 1897, S. 1.

33 Arbeiter-Zeitung, 20. 2. 1897, S. 6.

34 Linzer Volksblatt, 13. 2. 1897, S. 4.

35 Das österreichische Abgeordnetenhaus 1907, S. 392. Vgl. dazu auch: Weg, Leistung, Schicksal. Geschichte der sudetendeutschen Arbeiterbewegung in Wort und Bild, hrsg. v. Seliger-Gemeinde, Stuttgart 1972, S. 63.

wahl, den in der deutschen Bevölkerung angesehenen Bürgermeister von Dux und Mitbegründer der Deutschen Arbeiterpartei (DAP), Hans Knirsch, zu schlagen. Als Reichsratsabgeordneter nahm Beer nicht nur zu gewerkschaftlichen Anliegen wie etwa Sonntagsruhe, Verbesserung der Arbeits- und Lohnverhältnisse, Beschäftigung von Jugendlichen und Frauen und Errichtung eines Ministeriums für öffentliche Arbeiten Stellung, sondern er sprach auch über den Staatsvoranschlag und die Handelstarife. Beer, so schien es, hatte nun den Höhepunkt seiner bisherigen Karriere erreicht: als sozialdemokratischer Reichsratsabgeordneter, der im Parteivorstand der SDAP ebenso fest verankert war wie in der Gewerkschaftskommission, und als Redakteur des Verbandsorgans im Vorstand der Metaller. Seine Obmannfunktionen in der Wiener Arbeiterkasse sowie in deren Wohnbauorganisation wie auch im Arbeitsbeirat des arbeitsstatistischen Amtes<sup>36</sup> waren trotz wohl intensiver Arbeitsbelastung nicht mehr als ein „Zubrot“.

Bei den Reichsratswahlen im Juni 1911 kandidierte Heinrich Beer wiederum in „seinem Wahlkreis“ Dux. Zwar hofften die Christlichsozialen der Stadt, dass infolge der nationalen Spaltung die tschechischen Sozialdemokraten einen eigenen Kandidaten aufstellen würden, womit es gelänge, ihren Kandidaten Josef Heidl in die Stichwahl zu bringen,<sup>37</sup> allerdings erreichte Beer dennoch die Unterstützung der tschechischen Genossen. Ausgestattet mit den meisten Stimmen im ersten Wahlgang konnte er hoffen, auch die Stichwahl gegen den Vertreter der Deutschen Arbeiterpartei zu gewinnen.<sup>38</sup> Doch Hans Knirsch erreichte nun mit den Stimmen der Christlichsozialen rund 54 % und schlug Heinrich Beer recht deutlich,<sup>39</sup> was für den – nunmehr gewordenen – Reichsratsabgeordneten eine herbe Enttäuschung war. Dies vielleicht umso mehr, als nun Franz Domes, der bereits ab 1906 Mitglied des Wiener Gemeinderates war, auch ein Mandat als Reichsratsabgeordneter erreichte.<sup>40</sup>

36 Vgl. Brigitte Pellar, „... mit sozialpolitischen Erwägungen“. Staatliche Arbeitsstatistik und Gewerkschaftsmitsprache im Handelsministerium der Habsburgermonarchie, Wien 2013 [= Berichte und Forschungen zur Gewerkschaftsgeschichte, Bd. 2].

37 Reichspost, 30. 5. 1911, S. 8.

38 Prager Abendblatt, 14. 6. 1911, S. 3: Heinrich Beer erreichte 3.550 Stimmen, Hans Knirsch 3.467 Stimmen und Josef Heidl 651 Stimmen.

39 Prager Abendblatt, 21. 6. 1911, S. 2: Von 7.967 gültigen Stimmen erhielten Hans Knirsch 4.333 und Heinrich Beer 3.634 Stimmen.

40 Vgl. [https://www.wien.gv.at/wiki/index.php/Franz\\_Domes](https://www.wien.gv.at/wiki/index.php/Franz_Domes) [Download 12. 6. 2016].

## Wahl zum Obmann des Metallarbeiterverbandes 1911

1911 trat der Mitbegründer des Metallarbeiterverbandes und langjährige Obmann Ludwig Exner, der seit 1908 auch Verbandsobmann des Ersten Niederösterreichischen Arbeiter-Konsumvereines war,<sup>41</sup> zurück. Es war ihm, der „als Vertrauensmann an eine andere Stelle gestellt worden ist“, nicht möglich, die Obmannstelle als Nebenbeschäftigung auszuüben.<sup>42</sup> Genau dies wurde jedoch nun Heinrich Beer, der vom Wahlkomitee als neuer Obmann vorgeschlagen wurde, vom Wiener Delegierten Ludwig Eichbaum mit Hinweis auf dessen Funktion als Obmann der Allgemeinen Arbeiter-Krankenkasse zum Vorwurf gemacht. Als Franz Domes dazu meinte, dass dies die Delegierten nichts angehe, begründete Eichbaum seine Ablehnung der Doppelfunktion Beers mit der Befürchtung, dass leicht vorkommen könne, „daß im wirtschaftlichen Kampfe ein Unternehmer sagt: ‚Mit euch werde ich nicht unterhandeln, ich trete einfach aus der Allgemeinen Arbeiter-Krankenkasse aus‘“, was allerdings – wie im Protokoll vermerkt – „Widerspruch“ im Saal hervorrief. Ein „Machtwort“ des scheidenden Obmannes, der vehement für Beer eintrat, beendete die Diskussion. Mit Beer wurde übrigens erstmals ein Angestellter des Verbandes für die Funktion des Obmannes vorgeschlagen: „Wir haben die Erfahrung gemacht, dass keine Stunde vergeht, in welcher sich nicht Friktionen zeigen. Da ist es zweckmäßig, wenn wir einen Obmann haben, der stets bei der Hand ist, der durch Berufspflichten nicht gehindert ist, bei wichtigen Entscheidungen persönlich anwesend zu sein.“<sup>43</sup> Beer nahm seine – letztlich einstimmige – Wahl freudig an und sah seine zahlreichen Funktionen im Interesse der Metallergewerkschaft liegen: „Wir haben ein Interesse daran, gerade weil wir eine starke, große und verantwortliche Organisation sind, unseren Einfluss überall so auszuüben, dass die Politik in der Gewerkschaftskommission und die Politik auch anderswo so gemacht werde, dass sie unseren Interessen entspricht. Schon aus diesem Grunde ist der Wunsch des Genossen Eichbaum unerfüllbar.“<sup>44</sup>

Der scheidende Obmann Ludwig Exner wurde gebeten, zumindest im Schiedsgericht dem Verband weiterhin zur Verfügung zu stehen, was dieser auch annahm.

41 Andreas Vukowitsch, 30 Jahre Zentralverband österreichischer Konsumvereine, Wien 1930.

42 Das Folgende nach: Verhandlungen des Zehnten Verbandstages der Metallarbeiter Österreichs, Wien 1912, S. 178.

43 Zehnter Verbandstag, S. 177.

44 Ebenda, S. 180.

### „Burgfriedensfunktionär“

Heinrich Beer trat als Obmann des Metallarbeiterverbandes für eine sehr weitgehende Kooperation mit der Regierung ein, deren – die Gewerkschaftsarbeit einschränkenden – Verordnungen er „rechtfertigbar durch den Kriegszustand“ ansah.<sup>45</sup> Die Gewerkschaften hatten denn auch die Aufgabe, „hauptsächlich als Unterstützungsorganisationen“ und „soziale Fürsorgeeinrichtungen“ zu wirken. Darüber hinaus müssten Staatsregierung und -verwaltung „soziale Fürsorgemaßnahmen im größten Stil“ anbahnen und sich um den Ausbau des Versicherungsschutzes, der Arbeitslosenfürsorge und um die Lebensmittelversorgung kümmern, denn „wir wünschen aus vollem Herzen den Sieg unserer Waffen“.<sup>46</sup> Flankiert wurde die Programmatik Beers durch zwei vom deutschen Metallarbeiter und Publizisten Fritz Kummer gezeichneten Leitartikel im „Österreichischen Metallarbeiter“ im Dezember 1914, wo dem Internationalismus angesichts des Krieges eine klare Absage erteilt wurde.<sup>47</sup> Beers konsensorientierte „Burgfriedenspolitik“ dürfte von seinem leitenden Sekretär nicht geteilt worden sein, denn Franz Domes – so wurde später in einem Nachruf behauptet – kämpfte bereits zu Kriegsbeginn gegen die entwürdigende Militarisierung der Arbeiterschaft in den Betrieben und den damit verbundenen Lohnraub in der Metallindustrie.<sup>48</sup>

### Der Abgang

Als am 8. Jänner 1915 die Gewerkschaftskommission unter dem Vorsitz von Heinrich Beer zusammentrat, wurde über eine „Stellungnahme zur Wahl des Obmannes und Bestellung des Sekretärs der Allgemeinen Arbeiter-Kranken- und Unterstützungskasse in Wien“ beraten.<sup>49</sup> Funktionäre der Kasse hatten sich nämlich an die Gewerkschaftskommission um eine Meinungsäußerung gewandt. Hintergrund war das Ableben des angesehenen Sekretärs der Kasse

45 Dies und das Folgende nach: Heinrich Beer, Der Krieg und die Gewerkschaften, in: Der Kampf, Jg. 7, Nr. 11–12, 1. 12. 1914, S. 505–508.

46 Beer, Krieg und Gewerkschaften, S. 507 f.

47 Fritz Kummer, Der Krieg, die Internationale und wir, in: Der österreichische Metallarbeiter, 24. 12. 1914 u. 31. 12. 1914, jeweils S. 1 f. Fritz Kummer wurde später Vorstandsmitglied des deutschen Metallarbeiterverbandes und Redakteur der deutschen „Metallarbeiter-Zeitung“.

48 Arbeiter-Zeitung, 12. 7. 1930, S. 2.

49 Die Gewerkschaft 3 (1915), S. 20.

Leo Walecka am 27. November 1914.<sup>50</sup> Offensichtlich verdichteten sich bald Spekulationen über eine Neubesetzung mit dem bisherigen Obmann der Kasse Heinrich Beer. Die Gewerkschaftskommission entschied, am 10. Jänner in einer Besprechung mit allen Beteiligten über die Causa zu berichten. Beer wurde am 6. Februar 1915 zum Sekretär der Krankenkasse „bestellt“<sup>51</sup> und trat mit 1. März 1915 aus dem Metallerverband aus. Weder das Verbandsorgan der Metaller noch jenes der Reichsgewerkschaftskommission berichteten darüber.

## Gelöschte Erinnerung

Am 22. März 1918 wurde der bisherige (General-)Sekretär des Metallerverbandes, Franz Domes, einstimmig zum Obmann gewählt. Nach seiner Wahl erklärte der neue Obmann, dass er nicht der Sklave unrealisierbarer Gedanken sein wolle, und verwahrte sich entschieden dagegen, „dass der Verband der Tummelplatz für eine Politik sein soll, die für die Arbeiterschaft und unsere Mitgliedschaft zum Verhängnis werden könnte“.<sup>52</sup> Der anwesende Redakteur der „Arbeiter-Zeitung“ notierte die Worte Domes’ jedoch etwas anders: Der neue Obmann werde sich mit „aller ihm zu Gebote stehenden Energie zur Wehr setzen, dass der Verband zum Tummelplatz persönlicher Umtriebe gemacht werde“.<sup>53</sup> Nachdem der bisherige interimistische Vorsitzende Bartholomäus Smutny als Obmann-Stellvertreter weiterhin im Vorstand verblieb und sowohl im Bericht des Metallarbeiterverbandes wie auch am Verbandstag 1918 peinlich darauf geachtet wurde, den Namen des früheren Obmanns Heinrich Beer nicht zu erwähnen, darf vermutet werden, dass sich die anklagenden Worte von Franz Domes („Tummelplatz persönlicher Umtriebe“) auf Beer bezogen. Als der Sekretär des Verbandes Johann Schorsch berichten musste, dass einige Kollegen der Vorkriegszeit nun nicht mehr in der Verbandsleitung tätig sind, weil sie gefallen, verwundet oder noch zum Kriegsdienst eingerückt sind, konstatierte er lapidar auch das Ausscheiden eines Kollegen aus dem Verband, womit nur Heinrich Beer gemeint sein konnte. Entgegen gewerkschaftlicher Usancen

50 Arbeiter-Zeitung, 4. 5. 1915. Vgl. dazu auch: Arbeitsschutz. Organ für soziale Gesetzgebung, XXV. Jg., Nr. 23, Wien, 1. 12. 1914, S. 1.

51 Arbeiter-Zeitung, 9. 2. 2015, S. 5. Zum Obmann wurde Jakob Reumann gewählt.

52 Verhandlungen des 11. Verbandstages der Metallarbeiter Österreichs, abgehalten vom 18. bis zum 22. März 1918 im Festsaal des Arbeiterheims, Wien 10, Laxenburger-Straße Nr. 8–10, Wien 1929, S. 195.

53 Arbeiter-Zeitung, 24. 3. 1918.

gab es keine anerkennenden Worte über den Obmann der Vorkriegszeit, nur Stillschweigen.

## Pensionist

Beer übte seine Funktion als „Direktor“ in der Wiener Arbeiterkrankenkasse bis zu seiner Pensionierung 1926 aus. In diesem Jahr fanden auch die Wahlen in die Arbeiterkammern statt. Das war für die kommunistische Fraktion im Rahmen ihrer Wahlpropaganda Anlass, einmal mehr auf die „Pfründe“ sozialdemokratischer Funktionäre und Angestellter hinzuweisen, wobei insbesondere die Sozialversicherungsinstitute eine Zielscheibe der Kritik darstellten. So etwa behauptete die kommunistische „Rote Fahne“, dass man dem Vorstand der Wiener Arbeiterkrankenkasse bei Beers Anstellung „einen Vertrag aufgezwungen“ habe, „demzufolge er nach zehnjähriger Tätigkeit mit vollem Gehalt in Pension gehen kann“. Der Vorstand habe damals „in einer Zwangslage sich befindend“ wohl oder übel zugestimmt.<sup>54</sup> Beer stellte dazu in einer Erwiderung fest, dass er freiwillig in Pension gegangen wäre und im Übrigen die Festsetzung seines Bezuges nach dem damals üblichen Gehaltsschema für die Krankenkasse-Bediensteten erfolgt sei. Außerdem habe er auf die ihm nach 25 Dienstjahren im Metallarbeiterverband zustehende Pension verzichtet und für diese vorangegangene Tätigkeit von der Krankenkasse zehn Dienstjahre angerechnet bekommen. Im Übrigen sei seine Bestellung zum Sekretär der Krankenkasse „ohne sein geringstes Hinzutun“ erfolgt.<sup>55</sup> Die Kommunisten warfen ihm dennoch vor, mit 1.450,- Schilling Pension weit überbezahlt zu sein, zumal ein „höchstqualifizierter Beamter“ der Kasse ein Gehalt von 530,- Schillingen bekäme, was einen Pensionsanspruch aus 80 % seines Letztgehaltes in der Höhe von 424,- Schillingen ergäbe. Die Kampagne hatte, wie die Erregung von Floridsdorfer ArbeiterInnen in einer Versammlung zeigte, zumindest kurzfristigen Erfolg,<sup>56</sup> jedoch wohl nur minimale Auswirkungen auf das Ergebnis der AK-Wahl in Wien.

Heinrich Beer, der in den folgenden Jahren kaum mehr öffentlich in Erscheinung trat, drohte zwei Jahre später privates Ungemach, als seine Tochter Grete Beer durch ihren Freund in einen Aufsehen erregenden Fall von Scheck-

54 Die Rote Fahne, 21. 4. 1926, S. 3.

55 Die Rote Fahne, 22. 6. 1926, S. 3.

56 Die Rote Fahne, 22. 6. 1926, S. 3; 30. 6. 1926, S. 3; 1. 7. 1926, S. 5.

fälscherei verwickelt wurde, jedoch letztlich vom Gericht freigesprochen wurde.<sup>57</sup>

Erst 1930, zum 40-jährigen Jubiläum des Metallarbeiterverbandes, wurde Heinrich Beer zusammen mit den übrigen ehemaligen Vorsitzenden zu einem Metallarbeiter-Congreß eingeladen. Das Protokoll vermerkt weder Lobes- noch Dankesworte. Während in der aus diesem Anlass erschienenen Broschüre die Obmänner Ludwig Exner, Bartholomäus Smutny und Franz Domes mit persönlichen Erinnerungen über ihren Lebensweg in der Metallergewerkschaft zu Wort kamen, vermied Heinrich Beer in seinem Beitrag Biografisches und gab eine sehr allgemein gehaltene, kurze historische Darstellung über die Kämpfe und Knebelung der Metallarbeiter bis zum Brüner Kongress 1890.<sup>58</sup> 1931 bekam er, der seit Jahrzehnten regelmäßig in Bad Goisern urlaubte, für seine langjährige Treue vom dortigen Verschönerungsverein gemeinsam mit einer Anzahl anderer Sommergäste Kunstfotografien als Ehrengeschenk.<sup>59</sup>

## Verfolgung und Deportation

1914 hatte Heinrich Beer eine Wohnung in dem neuen, damals für die Wiener Arbeiterkrankenkasse errichteten, Jugendstilgebäude Mollardgasse 8 (1060 Wien) bezogen.<sup>60</sup> Im Dezember 1938 zwangen ihn die Nationalsozialisten, diese Wohnung zu räumen. Beer übersiedelte mit seiner Frau in die Zwerggasse 3 in den zweiten Wiener Gemeindebezirk. Am 10. Oktober 1941 verstarb seine Frau Eugenie Jenny in Wien, ein halbes Jahr später musste der 76-jährige Heinrich Beer in das jüdische Altersheim in der Seegasse 9 in Wien-Alsergrund ziehen, von wo er nach einer sogenannten „Kommissionierung“ (Beraubung der Papiere und noch vorhandener Wertgegenstände etc.) durch die Nazis am 28. Juni 1942 unter anderem zusammen mit der Lehrerin und Ärztin

57 Salzburger Volksblatt, 6. 9. 1929, S. 6; 12. 9. 1929, S. 8.

58 Die Beiträge wurden wieder abgedruckt in: Gewerkschaft der Metall- und Bergarbeiter (Hrsg.), Der Aufstieg.

59 Tages-Post (Linz), 31. 7. 1931, S. 5.

60 Nachfolgende Informationen verdanke ich Mag.<sup>a</sup> Sabine Lichtenberger: <http://www.doew.at/erinnern/personendatenbanken/shoah-opfer>; <http://yvng.yadvashem.org>; <http://www.lettertothestars.at> [Download jeweils 29. 8. 2016]; Brigitta Keintzel / Ise Korotin (Hrsg.), Wissenschaftlerinnen in und aus Österreich. Leben – Werk – Wirkung, Wien 2002, S. 289; Wolfgang Benz / Barbara Distel (Hrsg.), Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Bd. 9: Arbeitserziehungslager, Ghettos, Jugend- und Schutzlager, Polizeihäftlager, Sonderlager, Zigeunerlager, Zwangsarbeitslager, München 2009.

Margarete Hilferding (geb. Hönigsberg) in das KZ Theresienstadt deportiert wurde und unter „ungeklärten“ Umständen verstarb. Mit Gerichtsbeschluss vom 9. Mai 1957 wurde Heinrich Beer für tot erklärt und der Zeitpunkt seines Todes mit 31. Dezember 1942 bestimmt.<sup>61</sup>

## Thesen

Am Ende dieser kleinen Skizze stellt sich für den Autor die Frage, wie ein Mann, der über zweieinhalb Jahrzehnte für die Gewerkschaftsbewegung und die SDAP kämpfte und dann plötzlich als leitender Kassenbeamte gleichsam in der politischen Versenkung verschwand, einzuschätzen sei. Das oppositionelle bürgerlich-katholische Linzer Volksblatt beschrieb Heinrich Beer 1897 als „Mann von mittlerer Größe mit echt orientalischem Typus: er versteht es, sich stets zum Herren der Situation zu machen und durch einige Schlagere über die gemachten Einwürfe hinwegzutäuschen.“<sup>62</sup> Selbst in dieser antisemitischen Beschreibung des politischen Gegners klingt so etwas wie Anerkennung durch. Die oftmaligen Einwendungen (Anträge auf Schluss der Debatte) und Wortmeldungen des Gewerkschafters lassen auf ein nicht unbeträchtliches Maß an Selbstbewusstsein, wenn nicht sogar Überlegenheit schließen. Die Beauftragung Beers, zu schwierigen Themen Referate zu halten oder Verhandlungen zu leiten (wobei wir nicht wissen, inwieweit er sich selbst ins Spiel brachte), deutet ebenso in diese Richtung. Desgleichen ist Beer eine gewisse Karriereorientierung (die in der historisch-biografischen Forschung bei FunktionärInnen der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung nie thematisiert wird) wohl nicht abzusprechen. So etwa könnte die gegenüber den tschechischen Separatisten lange Zeit ausgeübte ausgleichende „Brückenfunktion“ Beers nicht nur durch seine Herkunft aus einem gemischtsprachigen Gebiet, sondern auch aus einer gewissen karrierebewussten „Anbiederung“ an die ausgleichende Politik Viktor Adlers sowie seinen eigenen Bemühungen, im Wahlkreis Dux ein Mandat zu erreichen, erklärt werden. Vielleicht deutet das offensive Eintreten für einen „Burgfrieden“ mit dem monarchischen Regime in eine ähnliche, das Eigeninteresse in den Mittelpunkt stellende, Richtung. Träfe dies zu, müsste man sich wohl den sicherlich auf Beer gemünzten Vorwurf

61 Beschluss des LG f. ZRS Wien, Abt. 48, 9. 5. 1967, ZI 48T13/67-9, in: Auszug aus den historischen Meldeunterlagen im Wiener Stadt- und Landesarchiv (Anfrage Sabine Lichtenberger 16. 1. 2014). Laut Angaben der DÖW-Opferdatenbank verstarb Heinrich Beer am 4. Mai 1944 in Theresienstadt.

62 Linzer Volksblatt, 13. 2. 1897, S. 2.

von Domes zu eigen machen. Dann wären es die Gewerkschafter gewesen, die Beer Anfang 1915 seine Grenzen aufzeigten, ihm die Gefolgschaft versagten und ihn als finanziell wohlbestallten Sekretär der Arbeiterkrankenkasse gleichsam „abservierten“. Wie auch immer, Beers Abgang von der politischen Bühne bleibt vorderhand noch ein Rätsel, über das sich spekulieren lässt. Dennoch sollte Heinrich Beer – und nicht allein infolge seines grausamen Todes im Konzentrationslager, sondern vielmehr infolge seiner unbestreitbaren Leistungen – im historischen Gedächtnis der österreichischen Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung seinen Platz finden und fortan nicht als Fußnote oder Randbemerkung abgetan werden.